

# Luzerner Tagblatt

## Neue Schießereien am Suezkanal

## Ueber eine halbe Milliarde Reinertrag des Bundes

## Sieben Jahre Zuchthaus für Dutschke-Attentäter

LM



Vor dreißig Jahren wurde die Tschechoslowakei zerschlagen

Am frühen Morgen des 15. März 1939 mußte Dr. Hacha, Ministerpräsident der «Rest-Tschechei», in Berlin ein Schriftstück unterschreiben, in dem es hieß: «Das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers gelegt». Hitler hatte zuvor der Armee die Weisung zum Einmarsch in Böhmen und Mähren gegeben und die Slowakei als selbständig gewordenen Staat deklariert. Damit war das Schicksal der Tschechoslowakei besiegelt. Die «Rest-Tschechei» wurde als Protektorat dem Deutschen Reich einverleibt. Schon am Nachmittag des 15. März kam es auf dem Wenzelsplatz in Prag zu einer Parade der Wehrmacht (unser Bild). Auch Hitler zog in Prag ein. Unter das verzweifelte tschechische Volk wagte er sich hier allerdings nicht: er zeigte sich nur an einem Fenster der Prager Burg. Hinter der Wehrmacht installierte sich Hitlers Terrorapparat. *Photopress*

## Titos Herausforderung an Moskau

Noch nie hat ein Parteikongreß der jugoslawischen Kommunisten ein solch großes Echo und Interesse gefunden wie diesmal. Der Grund dafür liegt nicht so sehr im 50jährigen Bestehen dieser Partei als vielmehr in der internationalen Lage, genauer gesagt: In den Spannungen und Spaltungen der kommunistischen Bewegung und in der Abwehrhaltung, welche Belgrad gegenüber Moskau einnimmt.

Dieser Gegensatz wird allein schon offenkundig durch die Nichtbeeiligung der gesamten moskauhörigen Clique am Belgrader Parteijubiläum. Nicht nur die Sowjets selber haben dieses boykottiert; sie haben zudem ihrem engsten Anhang, den Polen, Ungarn, Ostdeutschen und Bulgaren strikte Weisung erteilt, keine Delegationen nach Belgrad zu entsenden. Einige dieser Parteien hatten ihre Vertreter bereits angemeldet und sahen sich dann zufolge des Befehls aus dem Kreml gezwungen, nachträglich wieder abzuziehen. Nach einem Telefongespräch Breschnevs mit Dubcek mußten selbst die Tschechen verzichten. Wenn man sich an die Unterstützung erinnert, die Tito der CSSR-Führung in deren äußerst bedrängten Lage im vergangenen Jahr geboten hat, und wenn man sich vergegenwärtigt, mit welcher Begeisterung er damals in Prag gefeiert wurde, kann man ermesen, welche Demütigung es für die Tschechoslowaken bedeutet, daß sie sich heute in dieser Weise von ihren jugoslawischen Freunden distanzieren müssen! Von den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes hat es einzig Rumänien gewagt, der Einladung Folge zu leisten.

Interessant ist weiter folgendes: Von den eingeladenen 81 kommunistischen, sozialistischen, sozialdemokratischen und «revolutionären» Parteien haben deren 65 Vertretungen nach Belgrad geschickt, wobei die kommunistischen Parteien mit nur 25 Delegationen in der Minderheit sind. Ebenso aufschlußreich ist das Interesse, das die internationale Presse dem Anlaß entgegenbrachte: Nicht weniger als 260 Auslandskorrespondenten verfolgten das Kongreßgeschehen.

Wer die Erklärungen verfolgt hat, die Marschall Tito vor dem Kongreß abgegeben hat, dem ist völlig klar, weshalb der Kreml unter keinen Umständen dort «dabei» sein wollte: Tito hat schwerstes Geschütz gegen die Sowjets aufgeföhren. Er hat geradezu «Gericht gehalten» über die Politik Moskaus und die Rücksichtslosigkeit, mit der die Russen jahrelang Jugoslawien behandelt haben. Besonders schlecht kam dabei die Aera Stalin weg, und der Druck, den dieser

Gewaltherrscher auf das «abtrünnige» Belgrad ausübte.

Den Konflikt zwischen Stalin und ihm persönlich führte Tito auf eine historische Tatsache zurück: Damals sei nämlich die erste offene Auseinandersetzung zwischen Moskau und sowjetbürokratischem Konzept (das man keinesfalls nur als Personenkult bezeichnen könne) und dem demokratisch-humanen Kommunismus jugoslawischer Richtung ausgebrochen. Stalin habe die Popularität der jugoslawischen Partei offensichtlich mißfallen, und man habe sich in Moskau nicht damit abfinden können, daß die einzelnen kommunistischen Parteien zur Selbständigkeit streben. Mehrfach sei daher von Belgrad ultimativ gefordert worden, es solle im Gesamtinteresse der kommunistischen Bewegung auf seinen nationalen Weg verzichten. Mit diesen angeblich «höheren Interessen» des Sozialismus versuche man in Moskau heute erneut, die Verletzung der Souveränität eines sozialistischen Landes und die Anwendung militärischer Gewalt zur Verhinderung seiner unabhängigen Entwicklung zu rechtfertigen.

Es liegt auf der Hand, daß Tito mit diesen Bemerkungen die sogenannte Breschnew-Doktrin von der «beschränkter Souveränität» der kommunistischen Staaten an den Pranger stellte.

Der Redner ließ es aber mit diesen Hieben gegen Moskau nicht bewenden. Er erörterte einfließlich den Erfolg der seit Stalins Bannfluch begonnenen, betont eigenständigen Entwicklung des jugoslawischen Kommunismus, die Lösung vom sowjetischen Dogmatismus, die Reorganisation in Partei und Wirtschaft, die Uebertragung von Verantwortung für die Produktion an die einzelnen Betriebe, die Dezentralisierungsbestrebungen, die Ersetzung bisheriger Führungsgremien durch Organisationen, in denen dem Nachwuchs neue Aufgaben zukommen, das vermehrte Mitspracherecht des Volkes und seine Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg. Und all dies stellte er in Gegensatz zur Rückständigkeit des Sowjetregimes in Politik und Wirtschaft.

Man geht kaum zu weit, wenn man sagt, daß Tito am Parteikongreß den von Stalin 1948 aufgerissenen und von Breschnew 1968 neu vertieften Graben zwischen dem orthodoxen Sowjetkommunismus und dem viel liberaleren jugoslawischen Sozialismus gleichsam historisch «zementiert» hat. Eine Präzisierung der hier geschilderten Entwicklung boten überdies die Worte von Vizeaußenminister Belovski, der offiziell erklärte, Jugoslawien wolle in Zukunft

keinen Unterschied mehr machen zwischen Beziehungen zu den kommunistischen und jenen zu nichtkommunistischen Staaten.

Es braucht keine Prophetengabe, um vorauszusagen, daß die Kremelführer am Warschauer-Treffen vom nächsten Montag in Budapest scharf Stellung nehmen werden gegen die in Belgrad erhobenen Anklagen. Ob ein eigentliches Verdammungsurteil (à la Stalin 1948) gesprochen wird, bleibt abzuwarten. Man kann sich aber nicht vorstellen, daß die Russen auf eine eigentliche «Abrechnung» mit Tito verzichten werden. Man darf nicht vergessen, daß ihre Autorität als kommunistische Führungsmacht auf dem Spiel steht und daß sie und einige ihrer Vasallen nichts mehr fürchten als eine epidemische Ausbreitung des jugoslawischen Bazillus im gesamten Ostblockgebiet, wo sich Anzeichen eines Gärungsprozesses kaum noch unterdrücken lassen. Dazu kommt, daß das «Rote Konzil» in Moskau nicht mehr lange auf sich warten läßt.

Daß das Belgrader Regime ungleich freierlicher ist als das sowjetische, kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß Jugoslawien gleichwohl ein kommunistisch regiertes Land ist. Und es wäre weiter ein Irrtum, anzunehmen, es verfolge eine wirklich neutrale Politik. Allein schon Titos Kritik an der israelischen «Aggressionspolitik» gegenüber den Arabern war in dieser Hinsicht aufschlußreich genug. Durchaus möglich ist, daß in nächster Zeit die Beziehungen Belgrads zu den USA um einiges enger werden. Dies wird an den wirklichen politischen Sympathien Titos jedoch wenig ändern. Er ist und bleibt ein Kommunist alter Prägung und außerdem ein sehr geschickter Taktiker, der es meisterhaft versteht, die Interessen seines Landes und seine eigenen Interessen zu wahren.

Für die Welt wäre es immerhin von größtem Wert, wenn Titos Beispiel im Ostblock Schule machen würde bzw. machen könnte. Der Kreml wird natürlich alles unternehmen, um dies zu verhindern. Aber vielleicht kommt doch einmal der Tag, wo sich gewisse Lokierungen im Kommunismus nicht mehr vermeiden lassen. Sollte das der Fall sein, so wäre dies zweifellos ein Verdienst des jugoslawischen Präsidenten, der als einziger Kommunistenführer dem Diktat aus Moskau getrotzt hat.

Der Parteikongreß in Belgrad hat diese Vorgänge vor aller Welt deutlich gemacht. Ihm kommt deshalb geradezu geschichtliche Bedeutung zu. *Erwin Haefeli*

## Die Ratifikation des Atomsperrvertrages

Nach der Annahme durch den amerikanischen Senat

Washington, 13. März. ag. (DPA) Wie hier im Freitagblatt kurz berichtet, hat der US-Senat mit der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit der Ratifizierung des Atomsperrvertrages zugestimmt. Der Beschluß gibt Präsident Nixon jetzt die Möglichkeit, die Ratifikationsurkunden für den Atomsperrvertrag zu unterzeichnen und in Moskau, London und Washington hinterlegen zu lassen. Die USA werden damit nach Großbritannien die zweite Atommacht sein, die den Atomsperrvertrag ratifiziert. Für das Inkrafttreten des Vertragswerks ist die Ratifizierung der drei beigetretenen Atomkräfte und 40 nichtnuklearer Staaten erforderlich. Bisher ist der Atomsperrvertrag von 88 Ländern unterzeichnet worden. Zehn Länder haben ihn bereits ratifiziert. Wenn die Sowjetunion den Vertrag ratifizieren wird, ist in Washington nicht bekannt. Amerikanische Sachverständige glauben nicht, daß der Oberste Sowjet dem amerikanischen Beispiel bald folgen und ebenfalls der Ratifizierung zustimmen wird. Vielmehr rechnen sie damit, daß Moskau mit der Ratifizierung warten wird, bis die deutsche Bundesrepublik und Japan unterzeichnet haben.

verbindliche offizielle Vertragsinterpretation, der Moskau bisher nicht widersprochen hat und die von Außenminister Dean Rusk abgegeben und von dem neuen Außenminister William Rogers bekräftigt worden ist. Danach darf der Atomsperrvertrag die atomaren Planungen der Nato nicht beeinträchtigen. Außerdem erlaubt der Vertrag die Bildung einer europäischen Atomstreitmacht, wenn Großbritannien oder Frankreich als Atomkräfte mit andern europäischen Ländern eine echte Föderation mit gemeinsamer Außen- und Verteidigungspolitik eingehen.

Die gesamte Prominenz der Demokratischen Partei stimmte für den Sperrvertrag. Unter ihnen waren der demokratische Fraktionsführer Mike Mansfield und sein Stellvertreter Edward Kennedy, der Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses William Fulbright und Senator Eugene McCarthy. Die Gegenstimmen wurden hauptsächlich von extrem konservativen und betont antikommunistischen Senatoren abgegeben, die im Vertragswerk eine Gefährdung der amerikanischen Sicherheit erblickten. Unter den Senatoren, die gegen den Vertrag stimmten, war der frühere republikanische Präsidentschaftskandidat Barry Goldwater.

Bestandteil des amerikanischen Ratifizierungsprozesses ist die für die USA



Ein Film über General Patton

Mit Außenaufnahmen in Spanien, England, Marokko und Kreta und mit General Bradley als technischem Berater wird zurzeit der vielleicht aufwendigste Film über den Zweiten Weltkrieg gedreht. Er wird das Kriegshandwerk des berühmten amerikanischen Dreisterngenerals Patton, dargestellt von George A. Scott, zeigen. Unser Bild: George Scott als General Patton bei Aufnahmen in Almelra, Spanien. *Keystone*

## Beschwerlicher Weg zum «europäischen Europa»

Abschluß der deutsch-französischen Gespräche in Paris

Paris, 14. März. ag. (DPA) Die Regierungsdelegationen beider Länder haben am Freitag im Elysee die Bilanz zweier Tage deutsch-französischer Konsultationen gezogen. Der Vollkongreß war eine dritte Aussprache zwischen de Gaulle und Bundeskanzler Kiesinger vorangegangen, die fast eine halbe Stunde länger dauerte als vorgesehen.

Sie begann um 10 Uhr und dauerte bis 11.25 Uhr. An der anschließenden Plenarkonferenz nahmen Premierminister Couve de Murville, Außenminister Brandt, als Stellvertreter des erkrankten französischen Außenministers Michel Debré, Staatssekretär de Lipkowski, die beiden Wirtschaftsminister Schiller und Ortoli sowie ein größerer Beraterstab teil.

Bei den Gesprächen am Freitagmorgen hat die Ostpolitik im Vordergrund gestanden, doch sind auch andere Fragen zur Sprache gekommen. Die Schlußkonferenz dauerte eine Stunde länger als vorgesehen. De Gaulle begleitete Kiesinger bis zum Portal des Elysees, wo er sich herzlich von ihm verabschiedete. Etwa eine Minute lang stellten sich der General und Kiesinger den Fotografen.